

Kommentar der Woche.

Kein Lohn zum Leben

Wer das Glück hat, bei einer Versicherung oder in der Pharmaindustrie angestellt zu sein, verdient durchschnittlich zwölf Prozent mehr als vor zehn Jahren - Tendenz steigend. Wer hingegen in der Kleider- und Textilindustrie oder im Gastgewerbe arbeitet, muss seit 1989 Lohneinbussen von bis zu vier Prozent hinnehmen - Tendenz sinkend. Diese Zahlen stammen aus einer Lohnstudie, welche die UBS letzte Woche publiziert hat. Wirtschaftsvertreterinnen frohlockten: Der Schweizer Arbeitsmarkt sei doch flexibler als bisher angenommen.

Was diese Flexibilisierung für die ArbeitnehmerInnen bedeutet, zeigt nun eine Studie der Caritas Schweiz: „Trotz Einkommen kein Auskommen - Working poor in der Schweiz.“* Mit „Working poor“ (erwerbstätige Arme) sind Menschen gemeint, die in einem Haushalt leben, von dem mindestens eine Person voll- oder hauptberuflich ist und dessen Einkommen dennoch nicht über die Armutsgrenze hinausreicht. Schon die Zahlen überraschen: In der Schweiz gibt es laut Caritas 250'000 Working Poor, Siebzig Prozent der von Armut betroffenen Menschen sind erwerbstätig - ein weitaus grösserer Anteil als in den meisten EU-Ländern. Auch entsprechen diese Menschen nicht den gängigen Klischees: Zwei Drittel von ihnen sind weniger als vierzig Jahre alt. Drei Viertel besitzen einen Schweizer Pass. Betroffen sind vor allem allein lebende Männer sowie Paare mit Kindern.

Warum nur gibt es in der Schweiz so viele Working poor? Die Autorinnen der Studie orten die Ursache unter anderem in einem Widerspruch des Sozialversicherungssystems: „Die Armut der Erwerbstätigen wird durch die Sozialversicherung nicht nur nicht abgedeckt, sondern reduziert den Versicherungsschutz der Betroffenen“, schreiben sie. Für Menschen, die nicht von ihrer Erwerbstätigkeit leben können, ist keine soziale Absicherung vorgesehen. Und die Leistungen der bestehenden Lohnersatz-Versicherungen (AHV, Arbeitslosenversicherung) hängen unmittelbar von der Höhe des früheren Erwerbs ab: Ein (zu) niedriges Einkommen zieht also (zu) niedrige Versicherungsleistungen nach sich.

Menschen, deren Lohn nicht ausreicht und die nicht auf familiäre Solidarität zurückgreifen können, müssen sich mit Schwarzarbeit durchschlagen oder werden fürsorgeabhängig. Vor allem Letzteres ist absurd: Indem sie Familien mit zu niedrigem Einkommen unterstützt, subventioniert die staatliche Sozialhilfe indirekt die ArbeitgeberInnen. Diese können ihre Löhne bewusst tief ansetzen, weil sie wissen, dass die Fürsorge die Differenz zum Existenzminimum begleichen wird. Das Sozialversicherungssystem geht immer noch weitgehend vom Prinzip des Ernährerlohns aus. Davon profitieren insbesondere jene UnternehmerInnen, die sich schon längst nicht mehr daran halten.

Sei es bei Mutterschaft, unbezahlter Betreuungsarbeit oder ungenügend entlohnter Erwerbsarbeit. Es zeigt sich immer deutlicher, dass Erwerbsarbeit nicht mehr für alle existenzsichernd ist. Vorschläge: wie ein Sozialstaat aussehen könnte, der von den Bedürfnissen und nicht von den Leistungen der Menschen ausgeht, gibt es bereits - sie gehen von einer negativen Einkommenssteuer bis zu Ergänzungsleistungen für alle Bedürftigen. Doch um diese politisch umzusetzen, braucht es Gewerkschaften und eine Linke, die sich nicht von der „Logik des Marktes“ und von „Standortvorteilen“ blenden lassen.

*Zu beziehen bei: Caritas Schweiz, Bereich Kommunikation, Löwenstrasse 3, 6002 Luzern.

Verena Mühleberger.

WOZ, 12.11.1998.

Personen > Muehleberger Verena. Working poor. WOZ, 1998-11-12